

Eine Politik zur Entwicklung zukunftsfähiger ländlicher Räume in Sachsen-Anhalt

**Thesen des Arbeitskreises „Wirtschaft und Landesentwicklung“
der Fraktion der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt**

Landtagsfraktion der PDS

Arbeitskreis „Wirtschaft und Landesentwicklung“

- Diskussionsmaterial -

**Eine Politik zur Entwicklung
zukunftsfähiger ländlicher Räume in Sachsen-Anhalt
(- Thesen -)**

Stand: 24. 02. 2004

1. Vorbemerkungen**1.1. Problemlage**

Im Jahr 2000 hat der Europäische Rat in Lissabon das Ziel formuliert, aus der Europäischen Union bis 2010 „die dynamischste, wettbewerbsfähigste wissensbasierte Wirtschaft der Welt zu machen, die sich durch Vollbeschäftigung mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einen verstärkten wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt auszeichnet.“ Dies ist ein um so höherer Anspruch, als dass dabei das europäische Sozialstaatsmodell auch angesichts des Globalisierungswettlaufes bewahrt werden soll.

Über diese Zukunft haben die Nationalstaaten und schließlich die Europäische Union selbst zu entscheiden.

In den vergangenen Jahren hat sich die Union besonders dem Ziel verschrieben, Entwicklungsunterschiede der verschiedenen Regionen abzubauen und dabei speziell den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern.

Bereits heute besteht ein erhebliches Wohlstandsgefälle auch innerhalb einzelner Mitgliedsstaaten. Das trifft nicht zuletzt auch auf die Bundesrepublik Deutschland zu. Unter den 10 reichsten Regionen der EU befinden sich fünf (west)deutsche Regionen, aber alle neuen Bundesländer gehören zur Gruppe der ärmeren Regionen in Europa.

Die Differenziertheit setzt sich innerhalb der neuen Bundesländer fort, wenngleich das Wohlstandsgefälle noch nicht das herausragende Problem hierbei ist.

Die geographische Spezifik, das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung, die Anwesenheit von Handwerk, Gewerbe und Industrie, die demographischen Bedingungen sowie auch die historisch gewachsenen sozialen und kulturellen Beziehungen der dort lebenden Menschen untereinander entscheiden darüber, in welchem Maße innerhalb der Region eigene Entwicklungspotenziale für die weitere wirtschaftliche Entwicklung mobilisiert und genutzt werden können.

Die PDS geht davon aus, dass der Wettbewerb zwischen den Regionen objektiven Charakter trägt und sich in vielfältiger Form weiter verschärfen wird.

Wer die Herausforderung annimmt, ein Europa der Regionen aufbauen zu wollen, muss sich dieser regionalen Vielfalt stellen, darf jene Regionen nicht vergessen, die, gemessen an den städtischen und industriellen Ballungszentren, heute mehr denn je unter großen strukturellen Defiziten, unter einem gravierenden Bevölkerungsrückgang und unter einer unter dem Durchschnitt liegenden Finanzausstattung leiden.

Der Bevölkerungsrückgang führt wiederum zu erheblichen Tragfähigkeitsproblemen, wenn es um Fragen von Handel und Dienstleistungen, der Energie- und Wasserversorgung, um die soziale und kulturelle Infrastruktur sowie um die Schulstruktur geht. Auch die Altersstrukturverschiebungen bewirken nicht selten tiefgreifende Änderungen beim altersspezifischen Infrastrukturbedarf.

Eine besondere Herausforderung ergibt sich für den ÖPNV.

Die Überwindung der Entfernung zu den Arbeitsplätzen, den Sozial- und Freizeiteinrichtungen, zu den Einkaufsmöglichkeiten usw. ist im ländlichen Raum im Vergleich zum städtischen Ballungsraum häufig schwieriger, da diese Ziele oft in unterschiedlichen Richtungen und weiter entfernt vom Wohnort liegen.

Diese Tendenzen verstärken sich durch die abnehmende ländliche Bevölkerung und weiter wachsende Entfernungen zu den Zielen.

So wird der demographische Wandel zu einer zentralen Herausforderung bei der Entwicklung zukunftsfähiger ländlicher Räume sowie bei der Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in diesen Regionen.

Mit einer stärkeren Hinwendung zur Entwicklung der ländlichen Räume soll nicht nur der Entstehung von Problemregionen entgegengewirkt werden. Viel mehr geht es auch darum, die natürlichen Ressourcen und wirtschaftlichen Potenziale sowie die Menschen dieser Regionen in die Gesamtentwicklung des Landes einzubeziehen.

Die Nachteile und Risiken einer ungebremsten Marktwirtschaft sowie die Globalisierung und Liberalisierung in allen Bereichen der Gesellschaft werden immer offensichtlicher und lassen ein öffentliches Bewusstsein heranwachsen, das eine andere, sozial- und umweltgerechtere sowie ressourcensparende Lebens- und Wirtschaftsweise fordert, das wieder mehr auf regionale Wirtschafts- und Stoffkreisläufe setzt.

Mit dem notwendigen Umstieg der Gesellschaft auf regenerative Rohstoff- und Energieträger wird dabei den ländlichen Gebieten und der Agrarwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen eine „wachsende Bedeutung für die soziale und ökologische Erneuerung der Bundesrepublik und der Europäischen Union“ zukommen.

1.2. Was verstehen wir unter ländlichen Räumen?

Eine Begriffsbestimmung für die ländlichen Räume erfolgt meist oder zuerst über deren Verhältnis zu den städtischen Ballungsgebieten. Das heißt, unter Beachtung der Bevölkerungsdichte wird der jeweilige ländliche Raum schlechthin als Gegenstück zum städtischen Verdichtungsraum verstanden. So neigen Raumplaner zu der pauschalen Aussage, dass alle Gebiete, die nicht im städtischen Ballungszentrum liegen, ländliche Räume seien. Andere Aussagen gehen davon aus, dass es sich bei Regionen, die weniger als 100 Einwohner pro km² aufbringen, um ländliche Räume handeln würde.

Dies sind sehr einfache und darum zunächst auch sehr einleuchtende Darstellungen, die aber der Vielfalt und Spezifik der ländlichen Räume längst nicht erschöpfend gerecht werden können.

Die ländlichen Räume zeichnen sich auch in der Bundesrepublik Deutschland durch eine große strukturelle Vielfalt bzw. durch große regionale Unterschiede aus. Sie sind nicht nur durch wirtschaftliche, soziale, geographische und sonstige natürliche Faktoren gekennzeichnet, sondern im besonderen Maße auch durch ihre Ferne oder Nähe zu städtischen Ballungszentren oder industriellen Verdichtungsräumen.

Hier ist zu unterscheiden zwischen:

- ländlichen Räumen im Einzugsbereich städtischer Ballungszentren und anderer industrieller Verdichtungsräume,
- ländlichen Räumen in nicht unmittelbarer Nähe städtischer Ballungszentren, aber mit relativ guter Verbindung zu diesen (gute Verkehrsinfrastruktur),
- ländlichen Räumen in Stadtferne und mit relativ guten Bedingungen für Landwirtschaft und mit anderen Potenzialen für eine relativ eigenständige wirtschaftliche Entwicklung (z.B. hervorragende Bedingungen für Tourismus),

- ländlichen Räumen im peripheren Bereich mit sehr geringer Bevölkerungs-, Siedlungs- und Arbeitsplatzdichte sowie mit deutlichen Strukturschwächen. Landwirtschaft ist meist die einzige wirtschaftliche Alternative. Diese Räume werden verschiedentlich auch als 'ländlichste' Räume oder Regionen bezeichnet.

Da es sich hier also um sehr heterogene Gebiete handelt, ist eine einheitliche Definition des 'ländlichen Raumes' kaum möglich. Zwangsläufig wird nicht von *einem ländlichen Raum*, sondern von *den ländlichen Räumen* gesprochen.

Charakteristisch sind jedoch gewisse Grundmerkmale, mit denen sie sich deutlich von industriellen oder städtischen Ballungszentren abheben:

a) der Flächen-Faktor

Etwa 85 Prozent der Fläche der Bundesrepublik werden aus raumordnerischer Sicht als ländliche Räume ausgewiesen.

Charakteristisch ist, dass hier die Landwirtschaftsflächen sowie die Wald- und Wasserflächen im Verhältnis zu den Betriebs-, Gebäude- und Verkehrsflächen den überwältigenden Anteil einnehmen.

b) geringe Bevölkerungsdichte

Sie liegt z. B. im Altmarkkreis Salzwedel bei 44, im Landkreis Stendal bei 57 und dagegen im Landkreis Merseburg-Querfurt bei 167 Einwohner pro Quadratkilometer.

Die Städte Magdeburg, Halle und Dessau haben eine Bevölkerungsdichte von 1143, 1800 bzw. von 567 Einwohner pro Quadratkilometer.

c) Dominanz der natürlichen Faktoren

Ausdruck dessen ist der nicht versiegelte und fruchtbare Boden als Standort und Wachstumsquelle für Pflanzen, Wasser in verschiedenen Vorkommen sowie eine mehr oder weniger artenreiche Pflanzen- oder Tierwelt. Diese ländliche Eigenart ist die Existenzgrundlage der Landwirtschaft und im weiteren Sinne eines großen Teils der Landbevölkerung. Hieraus ergibt sich der besondere Bezugspunkt der Landbevölkerung zur Natur und die über Generationen gepflegten besonderen Erfahrungen im Umgang mit der natürlichen Umwelt.

d) disperse Siedlungsstruktur

In unseren Breiten sind Siedlungen in typisch ländlichen (stadtfernen) Regionen meist als Dörfer oder kleinere ländliche Städte sowie als Kleinsiedlungen über die Fläche verstreut. Gerade diese Situation hat bemerkenswerte Auswirkungen auf die Wirtschafts-, Infra- und Sozialstruktur sowie auf die Überschaubarkeit und Dichte der sozialen Kommunikation. Das bringt Vor- und Nachteile mit sich.

e) Wechselverhältnis von Siedlung und Region

Die wechselseitige Beziehung zwischen Siedlung (Dorf) und Region ist nach wie vor eine Besonderheit des ländlichen Raumes. Während das Dorf eher abhängig ist von der Region, spielt die Stadt in der Region die dominante Rolle und macht Dörfer von sich abhängig.

f) Wirtschaftskraft

Es ist eine geringere Arbeitsplatzdichte und ein schmaleres Spektrum von Berufsgruppen typisch. Der Anteil der ländlichen Räume an der gesellschaftlichen Wertschöpfung liegt etwa bei 34 Prozent in den neuen Bundesländern und bei 20 Prozent in den alten Bundesländern. Das Angebot an weniger hochspezialisierten Arbeitsplätzen in diesen Regionen hat geringere Bruttolöhne und Gehälter der hier lebenden arbeitenden Menschen und demzufolge auch eine geringere Steuereinnahmekraft und schließlich Finanzausstattung der Kommunen zur Folge.

1.3. Funktionen ländlicher Räume

Die ländlichen Räume nehmen im Wesentlichen folgende Funktionen wahr:

- Produktions- und Versorgungsfunktion für den eigenen und den überregionalen Raum,
- Wirtschaftsraumfunktion zur Ernährungs- und Einkommenssicherung der Landbevölkerung,
- Siedlungs- und Wohnfunktion für mehr als 40 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik,
- Freizeit- und Erholungsfunktion im Sinne der Konsumtion von Natur, Landschaft und ländlicher Kultur (Tourismus),
- ökologische Ausgleichs- und Regulationsfunktion, z.B. zur Sicherung eines funktionierenden Wasserkreislaufes sowie zur Gesunderhaltung der Atmosphäre im Sinne eines Ausgleiches für die Überbelastung der Umwelt in den städtischen und industriellen Ballungsgebieten, (Natur- und Landschaftsschutz, Klimaschutz u.a.),
- Entsorgungsfunktion, die aus dem Flächencharakter der ländlichen Räume resultiert und die Abnahme von Siedlungs- und Industrieabfällen aus den Ballungszentren gewährleistet (Recyclingfunktion),
- Biodiversitätsfunktion mit der Zielstellung, Lebensräume von Pflanzen und Tieren zu sichern sowie die
- soziokulturelle Funktion.

Die Ausstattung mit natürlichen und soziokulturellen Ressourcen, Fragen der (Verkehrs-) Infrastruktur sowie das Vorhandensein sonstiger Potenziale bestimmen aus rein marktwirtschaftlicher Sicht darüber, welche Bedeutung jede einzelne Funktion für die Region einerseits und für das Stadt-Land-Verhältnis andererseits und welchen 'Wert' die Region damit insgesamt für die Gesellschaft hat.

Der Wert der ländlichen Räume besteht aber nicht allein in deren vermarktungsfähigen Potenzialen, sondern ist in den Gratisleistungen zu finden, den die ländlichen Räume für die Gesellschaft erbringen.

Gefragt ist demzufolge eine Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, die die ländlichen Räume nicht allein nach den Maßstäben der Marktwirtschaft bewertet und aus dem Blickwinkel von Städten und Verdichtungsräumen betrieben wird. Notwendig ist eine Politik, die Rahmenbedingungen für die Mobilisierung eigener, endogener Entwicklungspotenziale schafft.

Wir wollen einen Imagewandel für das Leben im ländlichen Raum: Es soll ein Gewinn an Lebenskultur sein, hier zu wohnen und zu arbeiten.

Das setzt voraus, über eine ausgewogene Rollenverteilung zwischen Dorf und Stadt nachzudenken, wie die Herbeiführung gleichwerter Lebensverhältnisse der Landbevölkerung beibehalten oder wieder zurückgewonnen werden kann.

Dazu ist eine Politik erforderlich, die der weiteren innerstädtischen Entleerung ebenso entgegenwirkt, wie einer diffusen Verstädterung ländlicher Räume - eine (Förder-) Politik, die den örtlichen Wirtschafts- und insbesondere Landwirtschaftsunternehmen (wieder) eine Zukunft gibt und die Arbeit der lokalen Akteure motiviert und in angemessener Weise honoriert. Es muss darum gehen, die gegenwärtige Tendenz der Ressourcenvernichtung, die z.B. mit der Versiegelung und Zersiedlung von Naturräumen gegeben ist, zu stoppen.

Es sollen die Probleme sichtbar sowie Denkansätze und Vorstellungen herausgearbeitet werden, die letztlich dazu führen, die Multifunktionalität der ländlichen Räume zu erhalten und die Lebensqualität der dort wohnenden und lebenden Menschen zu verbessern. Es geht,

gemessen an den Bedingungen der Stadt, um die Sicherung *gleichwerter* Lebensbedingungen auch für die Landbevölkerung.

Die gegenwärtige Entwicklung bestätigt die Sorge, dass ländliche Regionen Sachsen-Anhalts von der wirtschaftlichen und damit auch von der sozialen und kulturellen Entwicklung des Landes abgekoppelt und existenzielle Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr erfüllt werden können.

Problematisch stellt sich die Situation vor allem in den peripheren ländlichen Räumen dar. In Sachsen-Anhalt sind dies insbesondere solche Regionen wie die Altmark, der Elbe-Havel-Winkel, Anhalt-Zerbst sowie der Raum Wittenberg-Jessen.

Die Herausforderung für die Politik besteht darin, insbesondere diese Regionen einerseits nicht zu ausgesprochenen Problemregionen Sachsen-Anhalts werden zu lassen und andererseits darin, dass die natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen, aber auch menschlichen Potenziale für die Entwicklung der Region und des gesamten Landes nutzbar gemacht werden.

Es geht also darum, die Politik und die regionalen Akteure zu einem ressortübergreifenden Handeln zu bewegen, das heißt letztlich, eine effiziente Wirtschafts- und Förderpolitik zu entwickeln und zu betreiben, die den unterschiedlichsten Bedingungen und Erfordernissen der ländlichen Räume Sachsen-Anhalts und den Interessen der betroffenen Menschen Rechnung trägt.

2. Thesen zur Entwicklung zukunftsfähiger ländlicher Räume in Sachsen-Anhalt

2.1. Die wirtschaftlichen Perspektiven der ländlichen Räume

Der ländliche Raum kann als lebendiger Sozialraum erhalten werden, wenn künftig seine Entwicklung als relativ eigenständiger Wirtschaftsraum mit einem breiten Arbeitsplatzangebot gesichert wird. Die Landwirtschaft muss auf lange Sicht eine tragende wirtschaftliche Säule sein. Sie ist aber nicht mehr allein in der Lage, die Lebensfähigkeit dieser Räume zu erhalten und auszubauen. Diese sind ein potenzieller Standort von Unternehmen und Einrichtungen aller Wirtschaftsbereiche.

- **Die Zukunft des ländlichen Raumes muss von einer multisektoralen ländlichen Wirtschaft geprägt sein. Ein Branchenmix, bestehend aus der Agrarproduktion mit Land-, Forst- und Fischwirtschaft und Gartenbau sowie der Verarbeitung und Vermarktung agrarischer Erzeugnisse sowie anderen Wirtschaftszweigen aus Handwerk, Gewerbe, Tourismus und Dienstleistungen mit hohem Innovationspotenzial sind von ihrem Charakter her in den ländlichen und ländlichsten Räumen Sachsen-Anhalts die zukunfts-trächtigen Wirtschaftsbereiche zur Sicherung von Arbeit und Einkommen und können einen spezifischen Beitrag zum Erhalt und zur Pflege der Natur- und Kulturlandschaft leisten.**

Das heißt, es geht um die Stärkung, den Erhalt und die (Wieder-)Ansiedlung solcher Wirtschaftszweige und Wirtschaftsstrukturen, die sich mit der Eigenart des jeweiligen ländlichen Raumes vereinbaren und eine Zerstörung seines typischen Charakters und insbesondere seines ökologischen Potenzials nicht erwarten lassen.

Es bedarf dazu einer differenzierten Regionalanalyse zur Identifikation von Nachfragepotenzialen. Das fördert die Verantwortung der Landwirte, der Bodeneigentümer und sonstiger bereits ansässiger Unternehmen für eine nachhaltige Nutzung aller regionalen Ressourcen.

Das Prinzip der Regionalisierung fördert nicht nur eine gerechte Einkommensverteilung in den verschiedenen Stufen von Produktion, Verarbeitung und Handel, sondern auch die Selbstverantwortung bei der Entfaltung der eigenen Entwicklungskräfte in der Region.

Es wäre nicht nur im Interesse der ländlichen Räume, sondern im gesamtgesellschaftlichen Interesse, wenn die Landwirtschaft in ihrem eigenen Terrain wieder den wirtschaftlichen Stellenwert erhalten würde, der ihr entsprechend der Nachhaltigkeitszielstellung objektiv zukommt.

2.1.1. Landwirtschaft und ländlicher Raum

- **Die Agrarproduktion mit Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie Gartenbau und mehr oder weniger auch die Verarbeitung und Vermarktung agrarischer Erzeugnisse sind traditionelle Wirtschaftszweige in den ländlichen Räumen. Aus beschäftigungs- und umweltpolitischer Sicht ist gerade ihre wirtschaftliche Rolle in den ländlichen Räumen zu stärken.**

Die unausgewogene Verteilung der Tierbestände und Produktionsquoten in der gesamten Bundesrepublik, aber auch in Sachsen-Anhalt selbst müssen auf den Prüfstand.

Tierbestände und Produktionsquoten sind regional so auszurichten, dass für die Landwirtschaft unter den jeweiligen natürlichen Verhältnissen immer nachhaltiges Wirtschaften möglich ist. Es geht um die Stärkung von Wirtschafts- und Stoffkreisläufen, in denen der Landwirtschaft eine zentrale Rolle zukommt. Entgegen der allgemeinen Proklamation, dass die Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik diesen Prozess forciert, muss befürchtet werden, dass das Bemühen um funktionstüchtige Wirtschaftskreisläufe durch die zu erwartenden Auswirkungen der EU-Agrarreform und insbesondere auch durch die weitere Liberalisierung des Agrarhandels eher konterkariert wird.

- **Unterschiedliche natürliche Bedingungen sowie das Vorhandensein einer oft völlig anders gewachsenen Infrastruktur in den einzelnen Landkreisen räumen der Landwirtschaft gleichermaßen einen unterschiedlichen wirtschaftlichen Stellenwert in den ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts ein.**

In den Kreisen Bitterfeld und Wernigerode werden lediglich 1,6 bzw. 2,0 Prozent der Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei des Landes erbracht, dagegen sind es im Landkreis Stendal 10,3 %, im Altmarkkreis Salzwedel 9,4 %, im Bördekreis 7,9 % und im Ohrekreis 6,4 %.

In den ländlichsten Räumen Sachsen-Anhalts ist die Agrarproduktion mit Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft einschließlich Gartenbau sowie Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse flankiert von zum Teil eng verflochtenem Handwerk und Gewerbe sowie Dienstleistungen der zukunftsträchtigste Wirtschaftsbereich zur Sicherung von Arbeit und Einkommen. Landwirtschaftliche Betriebe bilden hier die wichtigsten Auftraggeber für unternehmensnahe Dienstleistungen. Zu dieser Situation sollte sich bekannt und eine weitere Zersiedlung dieser Regionen nicht zugelassen werden.

Um den hier lebenden Menschen annähernd gleichwerte Lebensverhältnisse und gleichzeitig auch den Bestand naturnaher Räume zu garantieren, sind finanzielle Aufwendungen zu erbringen, die die Wirtschaftlichkeit der hier ansässigen Unternehmen sichern helfen. Nur so ist ein bestimmtes Maß an Arbeitsplätzen vorzuhalten. Es gilt zu verhindern, dass diese Räume zu einzigartigen Billiganbietern von Flächen für zweifelhafte Investitionen werden. Die Zerstörung dessen, was an den ländlichen Räumen vornehmlich begeistert, darf nicht zugelassen werden.

Dies betrifft auch die Biosphärenreservate im Land.

- **Wir setzen uns für die Förderung der Biosphärenreservate als Modellregionen für eine bewusste nachhaltige Entwicklung der ländlichen Räume, in denen Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Naturschutz eng zusammenwirken, ein.**

2.1.2. Multisektorale Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum

Die dominante Unternehmensform der nahen Zukunft ist nicht mehr durch einen festen Standort und durch feste Mitarbeiter charakterisiert. Ihre Geschäftstätigkeit besteht vielmehr aus dem Zusammenführen von vielfältigen Teilleistungen spezialisierter Unternehmen an verschiedenen Standorten, die über Netzwerke verbunden sind und an einem gemeinsamen Wertschöpfungsprozess beteiligt sind. Forschungs- und Entwicklungsvorhaben werden an räumlich voneinander getrennten Standorten komplementär vorangetrieben. Informationstechnische Lösungen ersetzen dabei die Zusammenführung einzelner Teillösungen.

Naturnähe, Umwelt, Ruhe usw. stellen in den ländlichen Räumen zusätzlich begünstigende Standortfaktoren für folgende Entwicklungsachsen dar:

- Entwicklung und Anwendung von Umwelttechnologien und ökologischer Bauweise,
 - Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen und regenerativer Energien,
 - Entwicklung und Fertigung wissensintensiver, innovativer Produkte, die im Rahmen von Netzwerken an einer gemeinsamen Wertschöpfungskette mitwirken,
 - von ökologisch orientierter Wirtschaftsweise getragene Unternehmen des Tourismus, der Landschaftspflege und des Tourismus auch außerhalb der traditionellen Fremdenverkehrsgebiete,
 - Forschung, Entwicklung und Fertigung von Komponenten der IuK-Technologien sowie Bereitstellung virtueller Dienstleistungen und Schaffung von Telearbeitsplätzen für Bürger, Unternehmen und kommunalen Einrichtungen,
 - Zentren für Regional-, Agrar-, Naturschutz- und Umweltforschung und deren Anwendung,
 - ein am demografischem Wandel verändertes Nachfragespektrum im Dienstleistungsbereich in den Bereichen Gesundheits-, Pflege- und Wellnessleistungen, Freizeitverhalten, wohnbezogene soziale bzw. personenbezogene Dienstleistungen,
 - Schaffung von Zentren für berufliche und soziale Aus- und Weiterbildung im Hinblick auf zunehmend kleinteiligere Betriebsstrukturen,
 - Kulturstätten mit einem breiten Angebot für Freizeitgestaltung und Wissensaneignung,
 - traditionelle Handwerksbetriebe und Gewerbe als Anbieter bürger- und unternehmensnaher Dienstleistungen.
- **Vorrangig ist auf den erschlossenen Gewerbeflächen die Neuansiedlung von kleinen und mittleren Unternehmen anzuregen, die die Vorteile des ländlichen Standortes bezüglich Kostenfaktoren, Zugang zu Gewerbeflächen, natürliche Umgebung und sozialer Kommunikation nutzen wollen.**
 - **Die technische und soziale Infrastruktur ist so zu fördern, dass sie diese Entwicklung einer multifunktionalen Landwirtschaft und der Ansiedlung von produzierenden und dienstleistenden Gewerbe stimuliert. Das betrifft insbesondere die Sicherung der Zugangsvoraussetzungen und der Breitenanwendung der Informations- und Kommunikationstechnologien.**

2.1.3. Die Bedeutung nachwachsender Rohstoffe für die ländlichen Räume

- **Der Anbau sowie die Aufbereitung, Verarbeitung und Vermarktung von nachwachsenden Rohstoffen und Energieträgern sowie die Nutzung von Bioenergie bieten neue Möglichkeiten zur Schaffung gewerblicher Existenzen und zusätzlicher Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen. Ohne Landwirtschaft geht der Industriegesellschaft die Rohstoffbasis der Zukunft verloren.**

Hier nimmt der ländliche Raum seine Versorgungsfunktion gegenüber der Gesellschaft mit Rohstoffen und Energie künftig auf völlig andere neue Art und Weise wahr.

Für die Landwirtschaft bieten sich neue Wirtschaftsfelder und die Möglichkeit an, ihren ganz speziellen Beitrag zum Wandel in der Energiepolitik zu leisten.

Im Anbauvergleich nachwachsender Rohstoffe auf Stilllegungsflächen nimmt Sachsen-Anhalt unter den Bundesländern den führenden Platz ein.

Für die Entwicklung der ländlichen Räume und insbesondere für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist jedoch nicht allein der Anbau, sondern vor allem die regionale Verarbeitung und weitere Vermarktung der nachwachsenden Rohstoffe und Energieträger von besonderer Bedeutung. Die Schwäche vieler Förderprogramme war und ist oft darin zu finden, dass selbst verheißungsvolle Projekte nicht zielstrebig bis zur Markteinführung, geschweige bis zur Etablierung auf dem Markt gefördert wurden und werden. (Beispiel: Hanfverarbeitung VERNARO Gardelegen)

2.1.4. Wald- und Forstwirtschaft

Der Wald ist in vielen ländlichen Regionen ein zusätzlicher oder gar der ausschlaggebende Ausgleichs-, Erholungs- und Wirtschaftsfaktor.

Um der Ausgleichs- und Erholungsfunktion der ländlichen Räume gerecht zu werden, sind die wohlfahrtspflegerischen Leistungen des Waldes in der Landespolitik stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Die Funktion des Waldes im Rahmen der Tourismusentwicklung kann insgesamt noch verbessert werden. Mit Erlebniswanderwegen, historischen Waldpfaden, Waldschulen für Kinder und Jugendliche sowie mit Mountainbikestrecken wären zusätzlich Vermarktungsmöglichkeiten für bestimmte Zielgruppen erschließbar.

- **Mit der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung von Holz als nachwachsender Rohstoff und Energieträger gewinnt der Wald außerdem auch als Landes- und Kommunaleigentum an Bedeutung.**

Es geht darum, den Wald bzw. das Holz künftig noch stärker als Energie- und Rohstoffträger zu erschließen. Mit der Rückbesinnung auf den Bau- und Brennstoff Holz hätten kleine regionale mittelständische Unternehmen eine wirtschaftliche Chance. Das wiederum bedeutet Arbeitsplätze und Einkommen in den ländlichen Räumen Sachsen-Anhalts. Mit dem Holzverarbeitungswerk in Arneburg ergeben sich neue Möglichkeiten, aber auch Risiken bezüglich einer wirtschaftlichen Nutzung der Waldbestände Sachsen-Anhalts. Mit der Zulässigkeit auch einer wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen könnten sich hier neue Einnahmefelder für die öffentliche Hand / für die Kommunen ergeben.

- **Einheitsforstämter sind am besten geeignet, um hoheitliche und forstwirtschaftliche Aufgaben zur Sicherung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung koordinieren zu können. Das erfordert, den Staatswald / Landeswald in seinem gegenwärtigen Umfang zu erhalten.**

Mit der Forststrukturreform ist das Tätigkeitsfeld des Forstwirtschaftsbetriebes des Landes stärker auf den Ausbau der multifunktionalen Aufgabe des Waldes auszurichten.

2.1.5. Ländlicher Tourismus

- **Der Tourismus ist für die ländlichen Räume zu einem Wirtschaftsfaktor geworden, der stetig an Bedeutung gewinnt.**

In Europa ist der ländliche Tourismus ein nicht zu unterschätzender touristischer Markt. Etwa 10 % des europäischen Tourismus können als ländlich eingestuft werden und 20 % aller Touristen zieht es in ländliche Gebiete. Der Urlaub auf dem Bauernhof ist dabei nur eine Facette dieses Tourismus, die jedoch immer mehr begeisterte Anhänger findet.

Mit ihren wirtschaftlichen Aufgaben übernimmt die Landwirtschaft zugleich auch landschaftspflegerische Leistungen. Damit trägt der Landwirt zur Aufwertung der Freizeit- und Erholungsfunktion des ländlichen Raumes bei und ist selbst Nutznießer einer besseren touristischen Erschließung der Region.

Große Investitionen zur Förderung des Tourismus sollten vor allem in lukrative Gebiete getätigt werden, die dann mit weiteren Vorhaben zu vernetzen sind. So werden Synergieeffekte erreicht und öffentliche Mittel sinnvoller eingesetzt bzw. weniger verschwendet. Zur Pflege des Images der Landwirtschaft ist der Urlaub auf dem Bauernhof weiter zu fördern. Diese Förderung könnte an die Haltung seltener Haustierrassen geknüpft werden. So ließen sich u.a. auch Mittel zur Finanzierung von Genreserven erschließen. In dem Maße, wie mit der EU-Agrarreform diese sogenannte zweite Säule als zusätzliche Einnahmequelle für die Landwirte und zur Entwicklung der ländlichen Räume weiterhin gefördert wird, findet die Agrarpolitik aus Brüssel unsere Zustimmung.

2.1.6. Ländlicher Wohnungsbau

- **Ressourcenschonendes ökologisches Bauen sowie landschaftsgerechte Siedlungs- und Wohnformen sind vorrangig zu fördern.**

Wie im städtischen Wohnungsbau ist auch beim ländlichen Wohnungsbau der Flächenverbrauch zu reduzieren. Die Nutzung vorhandener Industriebrachen und für die Produktion nicht genutzte landwirtschaftliche Altanlagen, aber auch die zunehmend leerstehenden Großwohngrundstücke sind durch geeignete Programme zu fördern.

Das Landesprogramm „Städtebauförderung im ländlichen Bereich,“ ist zu verstetigen und entsprechend den Bedingungen vor Ort weiter zu qualifizieren.

2.1.7. Wissenschaft und Forschung

- **Zur Sicherung einer nachhaltigen agrarwirtschaftlichen Produktion und eines sparsamen Umganges mit den natürlichen Ressourcen haben sich Wissenschaft und Forschung stärker als bisher auf die Entwicklung und Gestaltung von Stoff- und Wirtschaftskreisläufen zu konzentrieren.**

Die Forschung steht vor der Herausforderung, zukunftsfähige Entwicklungsszenarien und Umweltstrategien zur Gestaltung der ländlichen Räume zu erarbeiten. Die Anwendungsforschung im Bereich neuer Tätigkeitsfelder für ländliche Räume und der Agrarwirtschaft sind zu beschleunigen und interdisziplinär voranzutreiben. Insbesondere hat dabei die Betrachtung der ländlichen Räume ganzheitlich zu erfolgen.

Vornehmlich sollten junge Menschen aus dem ländlichen Bereich für die entsprechenden Studienrichtungen gewonnen und gefördert werden.

Jeglicher Versuch, die landwirtschaftliche Fakultät der Martin-Luther-Universität zu demonstrieren, muss von Anfang an vereitelt werden.

Dies trifft auch für die anderen wenigen agrarwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen (so z.B. die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin) zu.

2.1.8. Entwicklung in ländlichen Räumen erfordert regionale Wirtschaftskreisläufe

- **Vitale ländliche Räume bedingen eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung mit lokaler Ökonomie und regionalen Wirtschaftskreisläufen.**
- **Das setzt die Aktivierung der Potenziale vor Ort voraus. Die staatliche Politik ist aufgefordert, in ganz anderem Ausmaß als bisher derartige örtliche Potenziale anzuregen und zu unterstützen. Dazu sind die Ansätze in den regionalen Entwicklungskonzepten und Programmen der Regionen weiter auszugestalten und zu qualifizieren.**

Es geht um überörtliche Orientierung und interkommunale Kooperation zwischen den Kommunen und Gemeinden. Die PDS vertritt die Auffassung, dass keine schematischen Vorgaben für den Zuschnitt solcher regionalen Ansätze gemacht werden sollten. Die Aktionsräume müssen sich aus den konkreten Aufgabenstellungen und der Kooperationsbereitschaft der jeweiligen Akteure ergeben.

Als notwendig erachten wir die Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe in Form der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Rohstoffen von Handwerksbetrieben vor Ort und deren Vermarktung in den ländlichen Gemeinden oder dem städtischen Umland.

Benötigt wird ein integriertes Standortmanagement.

Erfolgreiche Kooperationen von Landwirten, Nahrungsmittel-Handwerk, Handel und Verbrauchern zur Vermarktung unterschiedlichster Nahrungsmittel zeigen, dass sich auf diese Weise Landwirten und Handwerksbetrieben neue Absatz- und Einkommensmöglichkeiten erschließen können, Verbrauchern in ländlichen und städtischen Räumen gesunde und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel angeboten werden können und ein Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft und zum Umweltschutz durch Transportverminderung geleistet werden kann.

2.2. Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge

2.2.1. Soziale und kulturelle Infrastruktur

- **Ländliche Regionen in Sachsen-Anhalt sind nur dann zukunfts- und lebensfähig, wenn in den Gemeinden und Städten den Menschen, insbesondere der Jugend, neben existenzsichernder Arbeit eine solide Lebensqualität gesichert wird.**

In vielen ländlichen Gebieten fehlen Möglichkeiten und Räume für nachbarschaftliches Zusammensein und Engagement. Jugendclubs, Bürgerläden, SeniorInnenzentren sind eine unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung von Gemeinsinn und Solidarität in den ländlichen Gemeinden. Die PDS schlägt vor, durch öffentliche Förderung (Sozialpauschale) Investitionen in Räume und in das notwendige Personal zu ermöglichen. Solche Dienstleistungen stärken ehrenamtliches Engagement enorm, Bürgerinnen und Bürger können selbst eine Vielfalt an sozialen, kulturellen und gesundheitsvorsorgenden Angeboten auf die Beine stellen.

- **Menschen in sozialen Notlagen müssen Beratungsangebote auch in ländlichen Räumen vorfinden.**

Die PDS spricht sich für das Modell von integrierten Beratungsstellen aus, das die ganzheitliche und koordinierte Hilfe für verschiedene Lebenslagen möglich machen würde.

Ein wachsender Bedarf für ambulante soziale Dienste (Anrufsystem) ist vorauszusehen.

Besonders in den kleineren Dörfern nimmt eine „verschämte Armut“ in hohem Tempo zu. Dabei werden staatliche Hilfe oder Angebote von Trägern der freien Wohlfahrtspflege gerade in den ländlichen Regionen weniger in Anspruch genommen als in größeren Städten.

- **Ortsgebundenen kulturellen Aktivitäten, vor allem auf dem Gebiet der Traditions- und Heimatpflege, sollte in allen ländlichen Kommunen Unterstützung zuteil werden. Das zu erarbeitende Landeskulturkonzept ist in Einklang mit den regionalen Entwicklungskonzepten zu bringen.**

Dabei ist zu beachten, dass in vielen Bereichen insbesondere für ältere Menschen spezifische Angebote vorgehalten werden müssen. Das betrifft insbesondere die kulturelle Vereinstätigkeit. Es ist aber auch der generationenübergreifenden Tätigkeit genügend Aufmerksamkeit zu schenken, wie auch besonders identitätsstiftenden Ereignissen, z.B. Dorf- und Heimatfesten.

- **Die ländlichen Räume beherbergen großen nationalen Kulturbesitz in Gestalt von Burgen, Schlössern, historischen Gärten, Herrenhäusern, Klöstern und Kirchen. Diese Baulichkeiten sollten möglichst für das gesellschaftliche Leben genutzt und auch in ihrem touristischen Potenzial erschlossen werden.**
- **Ein steigendes Durchschnittsalter und zunehmende Hochaltrigkeit sind Herausforderungen an die Gesellschaft, die sich im ländlichen Raum noch unmittelbarer stellen.**

Ein altersgerechtes Wohnumfeld, eine wohnortnahe medizinische Versorgung sind dabei ebenso wichtig wie Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Angebote zu lebenslanger Bildung, zu Kultur und Sport. Bei allen Seniorinnen und Senioren betreffenden Fragen sollen die Seniorenvertretungen gehört, Entscheidungen auf ihre Auswirkungen auf Seniorinnen und Senioren überprüft werden.

2.2.2. Jugend und Ausbildung

Gemessen an den Möglichkeiten in den Ballungsgebieten haben gerade junge Menschen in den ländlichen Räumen deutlich schlechtere Zugangsbedingungen zur schulischen und beruflichen Ausbildung sowie zur Kultur und verfügen am Ort über ein weitaus geringeres Berufs- und Arbeitsplatzangebot als ihre Alterskollegen in den Städten.

- **Auf EU-, Bundes- und Landesebene sind neue und komplexe Handlungsstrategien zu entwickeln, um diese Nachteile nicht nur abzubauen oder zu kompensieren, sondern um regionaltypische Alternativen zu den städtischen Möglichkeiten anzubieten, die von jungen Menschen tatsächlich angenommen werden.**

Zur Sicherung des landwirtschaftlichen Berufsnachwuchses muss neben der verbesserten Einkommenssituation ein Konzept entwickelt werden, das vor allem das Image der landwirtschaftlichen Berufe verbessert.

Schwerpunkt im Berufsausbildungsbereich muss das duale System sein, wobei staatliche Hilfen nach wie vor unerlässlich sind. Stärkeres Gewicht als bisher muss der Förderung der betrieblichen Ausbildung, insbesondere der Verbundausbildung zukommen.

Den Abwanderungsbestrebungen der Landjugend ist entgegenzuwirken. Vor allem setzen wir uns dafür ein, die Abwanderungsprämie abzuschaffen. Es empfiehlt sich, die Beschäftigung junger Menschen in regional- bzw. branchenspezifischen Pools zu fördern, wie auch die Zusammenschlüsse zu Beschäftigungsverbänden zu unterstützen.

Ein wichtiges Anliegen ist, dass junge Leute (insbesondere, wenn sie aus der Stadt kommen) zielstrebig an das Leben sowie an die typischen Arbeiten im ländlichen Raum, an den Arbeits- und Lebensrhythmus herangeführt werden. Hierzu soll Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden, über ein soziales oder ökologisches bzw. auch landwirtschaftliches Jahr den ländlichen Lebensraum zu erproben und kennen zu lernen und somit eine etwaige berufliche Perspektive zu entdecken.

2.2.3. Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum

- **Der Mangel an HausärztInnen im ländlichen Raum gefährdet die Gesundheitsversorgung auf dem Land.**

Das Netz der Hausärzte auf dem Land wird immer großmaschiger. Nicht in der Anzahl der Ärzte pro 10.000 Einwohner, sondern vor allem in der Distanz zwischen Patient und Arzt besteht das Problem. So müssen z.B. in den beiden Altmarkkreisen nur 543 berufstätige Ärzte eine Bevölkerung versorgen, die hier auf einer Fläche von über 4.700 km² lebt.

Die PDS schlägt deshalb vor, Gesundheitszentren in kommunaler oder auch ärztlicher Trägerschaft einzurichten, in denen jungen Ärzten als Angestellte eines solchen Zentrums die Aufnahme hoher Kredite erspart bliebe und damit der Einstieg ins Berufsleben bzw. die Niederlassung erleichtert würde.

Auch nichtärztliche Angebote, wie Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen und ggf. auch von Handwerk und Gewerbe, könnten in diesen Zentren oder in Standortnähe dieser Zentren Platz finden und das allgemeine Versorgungsangebot bereichern.

2.2.4. Bildung im ländlichen Raum

- **Ländliche Räume stellen auch unter dem Aspekt von Bildungsperspektiven, Bildungsbedürfnissen und Bildungsangeboten sozial, kulturell wie ökonomisch äußerst differenzierte Gebiete dar. Der Ausbau und die Entwicklung von Bildungsangeboten erfordern kleinräumige differenzierte Strategien.**

Unausweichlich werden Abwägungsprozesse, ob Angebote auch für kleine Nutzergruppen mit erheblichem Aufwand an Ressourcen aufrechterhalten und geschaffen werden oder geeignete Konzentrationsprozesse im Sinne der zentralörtlichen Gliederung eingeleitet bzw. fortgesetzt werden sollen. Ein wichtiger Grundsatz dabei ist die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land.

- **Für Bürgerinnen und Bürger, die in den ländlichen Räumen wohnen, soll die Möglichkeit bestehen, entsprechend ihrer Lebensplanung und ihrer Lebensziele alle Bildungswege einschlagen zu können. Wenn ländliche Räume zukunftsfähig sein sollen, muss den dort lebenden Kindern und Jugendlichen die gesamte Karriere- und Berufspalette offen stehen.**

Schulen mit einer ländlich geprägten Schülerschaft sollten stärker an ihren spezifischen Interessen und Erfahrungen anknüpfen, um ihre Bildungsmotivation zu erhöhen.

Bildungsangebote in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie in den Bereichen der Fort- und Weiterbildung müssen hohen Qualitätsansprüchen genügen. Einschränkungen, die den Standorten oder dem künftigen Erhalt der Standorte geschuldet sind, sollen nicht hingenommen werden. So sollen Schulstandorte vor allem von Sekundarschulen in Grundzentren auch vorgehalten werden, wenn sie die in den übrigen zentralen Orten geltenden Mindestgrößen um ein festzulegendes Maß unterschreiten.

Standorte von Bildungsangeboten, Kultur, Bildung, Kommunikation und Information erlangen eine besondere Bedeutung für regionale Entwicklungsprozesse. Schulentwicklungsplanung soll deshalb enger mit der regionalen Entwicklungsplanung verknüpft werden. Schulen sollen zu wichtigen Kernen regionaler Entwicklung werden.

Die Bedingungen zur Entwicklung eines leistungsfähigen und ausgewogenen Schulnetzes werden durch die Aufteilung der Schülerströme auf Sekundarschulen, Gymnasien, Sonderschulen und weitere Angebote erschwert. Schulverbünde, Gesamtschulen und weitere integrative Bildungsangebote können in den ländlichen Räumen ein Weg sein, Leistungsfähigkeit von Schulen mit einer hohen Effektivität beim Einsatz der Ressourcen zu verbinden. Das erfordert den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs und Schülertransportes hinsichtlich der Gesamtqualität, der Kapazität und der bedarfsgerechten Fahrzeiten über die Zeiten zu Unterrichtsbeginn und Unterrichtsende hinaus. Es ist erforderlich, neue Entwicklungschancen auf den Gebieten der Kultur, des Gemeindelebens, des Sports und anderen Bereichen zu eröffnen, die an die Stelle von Schulen treten können und aus den örtlichen Bedürfnissen, Besonderheiten und Traditionen erwachsen.

2.2.5. Öffentlich geförderte Beschäftigung

- **Die Erbringung von Betreuungs- sowie sozialer, ökologischer und kultureller Leistungen ist auch und vor allem im ländlichen Raum ohne öffentliche Förderung undenkbar. Projekte der Jugendarbeit, der SeniorInnenbetreuung, der kulturellen Arbeit, der Sportarbeit sowie von touristischen Angeboten und ökologischen Maßnahmen sind für einen sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft und für ein optimales Maß an Lebensqualität für Bürgerinnen und Bürger, für funktionierende und lebenswerte ländliche Räume, unverzichtbar. Ebenso gilt das für Betreuungs- und Beratungsleistungen in sozialen Notlagen.**

Hier handelt es sich um Angebote, die im betriebswirtschaftlichen Sinne nicht verwertbar und deshalb dauerhaft durch die öffentliche Hand finanziell und strukturell zu fördern sind.

Solche Angebote müssen entsprechend der Bevölkerungsstruktur, das heißt, also nach dem Anteil an Arbeitslosen, Seniorinnen und Senioren, jungen Menschen oder an Immigrantinnen und Immigranten verlässlich zur Verfügung stehen. Die Maßnahmen des sogenannten Zweiten Arbeitsmarktes sind dafür nur bedingt geeignet. Sie können und müssen professionelle Angebote flankieren und ergänzen, aber nicht ersetzen.

- **Ein steuerfinanzierter öffentlich geförderter Beschäftigungssektor kann diese notwendige gesellschaftliche Arbeit auf eine verlässliche finanzielle Grundlage stellen und sie vom sogenannten Zweiten Arbeitsmarkt unabhängig machen. Dabei kann eine Vielfalt von freien Trägern und Vereinen den örtlichen Besonderheiten Rechnung tragen und eine breite Angebotsvielfalt sichern.**

Die Kommunen im ländlichen Raum brauchen mehr finanziellen Spielraum, um ihrer Verantwortung für den Abbau der Arbeitslosigkeit gerecht werden zu können.

Die dazu notwendigen finanziellen Mittel sollen den Kommunen zur Verfügung gestellt und die Entscheidungskompetenz über deren konkrete Verwendung in ihre Hand gelegt werden. Eine ergebnisorientierte Projektförderung soll Effizienzreserven offen legen und Qualität sichern, sowohl bei den Trägern als auch beim Mitteleinsatz. Die Finanzausstattung der Kommunen muss dazu auf eine Weise gestaltet werden, die es ihnen gestattet, ihre Aufgabe der sozialen Daseinsvorsorge in notwendigem Umfang zu erfüllen.

- **Zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit, vor allem der sehr hohen Frauen- und Jugendarbeitslosigkeit, sind die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf dem sogenannten Zweiten Arbeitsmarkt, wie ABM, Strukturanpassungsmaßnahmen und berufliche Weiterbildung auch in den ländlichen Räumen auf hohem Niveau weiterhin notwendig.**

2.2.6. Mobilität im ländlichen Raum

- **Die Sicherung der Mobilität für alle Bürger ist und bleibt Aufgabe der Daseinsvorsorge. Die dafür notwendige finanzielle Absicherung durch Bundes- und Landesmittel z.B. aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und dem Regionalisierungsgesetz darf nicht zur Disposition stehen.**

Mobilität im engeren Sinn ist gerichtet auf die Überwindung der Entfernung zu Arbeitsplätzen, Sozial- und Freizeiteinrichtungen, Einkaufsmöglichkeiten usw. Dies ist im ländlichen Raum im Vergleich zum städtischen Ballungsraum häufig schwieriger, da diese Ziele oft in unterschiedlichen Richtungen und weiter entfernt vom Wohnort liegen. So wird zwar der PKW immer mehr dominierendes Transportmittel im ländlichen Raum, da in Sachsen-Anhalt statistisch etwa jeder 2. Bürger zwischen dem 18. und 80. Lebensjahr über einen PKW verfügt. Für alle übrigen Bürger, besonders Kinder, Jugendliche und Seniorinnen und Senioren, muss die Mobilität aber ebenso gesichert werden.

- **Der ÖPNV muss den Bedingungen des ländlichen Raumes (geringe Bevölkerungsdichte, große Entfernungen) mit neuen Formen angepasst werden.**

In **verschiedenen** europäischen Regionen werden schon seit längerem verschiedene Formen des flexibleren ÖPNV getestet, von denen nur einige erwähnt werden sollen.

In **Österreich** gibt es gute Erfahrungen mit dem *Bustag*, an dem die zeitliche Konzentration der Verkehrsdienste in das Regionalzentrum erfolgt.

Mit dem *Landmobil* wird ein Angebot innerhalb der Gemeinde aufgebaut, eine Form organisierter Nachbarschaftshilfe, bei der Mitglieder eines Vereins auf Anruf den Transport evtl. auch mit ihrem privaten PKW übernehmen. Diese Form hat sich in Deutschland (besonders Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen) in verschiedenen Varianten als *Bürgerbus* herausgebildet.

Als weitere Formen bieten sich *Rufbus*, *Anrufsammeltaxis*, *Taxis* oder *Veranstaltungsbusse* an. Diese Formen werden in Sachsen-Anhalt in verschiedenen Kreisen mit unterschiedlichem Erfolg und Intensität bereits genutzt.

Seit 2001 hat das BMBF ein Forschungs- und Förderprojekt „Personennahverkehr für die Region“ aufgelegt. In 10 Projekten werden verschiedene Varianten flexibleren ÖPNV untersucht. Dabei werden sowohl verkehrsorganisatorische Aspekte, wie auch neue Planungswerkzeuge, genehmigungsrechtliche Probleme und die Anwendung neuer Kommunikationsmittel untersucht.

Die PDS wird diese Projekte aufmerksam verfolgen und sich bei geeigneten Lösungen für ihre umfangreiche praktische Erprobung und dauerhafte Umsetzung einsetzen.

Die PDS regt an, auch im ländlichen Raum traditionellen und umweltschonenden Fortbewegungsmitteln, wie dem Fahrrad, bessere Bedingungen zu schaffen. So könnten mehr Mittel des ländlichen Wegebbaus für den Bau von Fahrradwegen eingesetzt werden.

- **Der schienengebundene ÖPNV kann auch in ländlichen Räumen, besonders in touristisch attraktiven Gegenden, zur Sicherung der Mobilität aller beitragen. Die Erhaltung dieser Schienenstrecken ist ebenso wichtig für die Möglichkeit der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene.**

Die Abbestellung von Verkehrsleistungen auf Nebenbahnstrecken führt häufig zur Stilllegung dieser Strecken und damit zur Ausdünnung des Gesamtnetzes. Als Grund für die Abbestellungen werden oft zu hohe Streckensanierungs- und Betriebskosten angegeben. Die PDS fordert deshalb, hier ebenfalls flexiblere Formen zu finden, die nicht auf Kosten der Sicherheit gehen dürfen, aber dem Charakter dieser Strecken angepasst sind. Die PDS wird sich für die Auswertung von Erfahrungen bei der Reaktivierung von Bahnstrecken einsetzen. Sie wird jede Initiative, jede Idee, gefährdete Strecken weiter zu betreiben, unterstützen.

- **Mit einer verstärkten Hinwendung zu Wirtschafts- und Stoffkreisläufen verringert sich der Binnenbedarf an Güterverkehr in den ländlichen Regionen. Die gegenwärtige Praxis zeigt aber, dass vor allem der überregionale LKW-Verkehr ungebrochen wächst. Neue Straßenbauvorhaben sind die Folge. Davon ist besonders der ländliche Raum mit mehr Lärm, Schadstoffen und Flächenzerschneidungen betroffen, obwohl er keinen Vorteil daraus zieht.**

2.3. Demokratisches Gemeinwesen, Finanzausstattung und Landesentwicklungsplanung

2.3.1. Demokratisches Gemeinwesen

- **Die Gemeinden bilden als Träger der kommunalen Selbstverwaltung im ländlichen Raum den entscheidenden räumlichen Rahmen, in dem Bürgerbeteiligung und demokratische Mitwirkung am effektivsten organisiert werden können. Partizipation und Selbstverantwortung fördern die Bereitschaft zu Identifikation mit dem eigenen Lebensraum mit den regionsspezifischen Entwicklungszielen und Vorhaben.**

Das Wegbrechen vieler Einrichtungen und Funktionen hat nach 1990 einen Verlust an Identität in den Gemeinden bewirkt. Als Unverwechselbares übriggeblieben ist oft nur noch der Name des Dorfes. Nach Auffassung der PDS muss die sich daraus ergebende emotional integrierende und identitätsstiftende Rolle der Gemeinde insbesondere bei der Gemeindegebietsreform berücksichtigt werden. Bestehende Verflechtungsbeziehungen und historische Bezüge sowie das Netz bestehender oder zu schaffender Infrastruktur gilt es zu beachten. Es darf nicht zur Bildung von unvorteilhaft geschnittenen Gemeindeterritorien kommen. Die PDS schlägt weiterhin vor, den neu gebildeten Einheitsgemeinden keine Kunstnamen zu geben.

- **Das Verbands- bzw. Einheitsgemeindegebiet bildet einen einheitlichen räumlich-kooperativen Funktionsraum, innerhalb dessen die Gemeinde die Lokalisation der Grundfunktionen der Daseinsvorsorge eigenständig vornimmt. In Abstimmung mit**

den Nachbargemeinden und dem regionalen Mittelzentrum sollen gemeindeübergreifende und regionale Optimierungspotenziale erschlossen werden.

Um die Verwaltungsaufgaben und Dienstleistungsfunktionen effizient und kostengünstig erfüllen zu können, wird sich die PDS dafür einsetzen, dass in einer wirklichen Funktionalreform unter strikter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips alle bürgernahen Aufgaben auf die Ortsebene übertragen werden.

- **Die Gemeinde und das Dorf vermitteln ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und Geborgenheit in einem überschaubaren sozialen Netz, mit nachbarschaftlicher Hilfe und guten Möglichkeiten für ein Miteinander der Generationen. Dem Bürgermeister fällt in dem ländlichen Gemeinwesen eine bedeutende Rolle zu.**

Die PDS plädiert deshalb für hauptamtliche Bürgermeister bei Einheitsgemeinden sowie für Ortschaftsräte und –bürgermeister. Als höchst integratives Element sollten die Freiwilligen Feuerwehren in den Ortsteilen so lange erhalten bleiben, wie deren Einsatzbereitschaft gesichert ist. Dies gilt gleichermaßen für Vereinsarbeit und örtliche Traditionspflege, die in den Ortsteilen gleichberechtigt zu sich herausbildenden neuen Strukturen auf der Ebene der Einheitsgemeinde/Gemeindeverbandes Bestand haben müssen.

- **Die Gemeindeverwaltungen sind mit moderner Kommunikationstechnik ausgestattet, um unter den Bedingungen der dezentralen Siedlungsstruktur ihrer Rolle als Dienstleister für die Einwohner in allen staatlichen und kommunalen Verwaltungsangelegenheiten gerecht werden zu können. Sie sind Hauptansprech-partner für die Organisation des gesellschaftlichen Lebens.**

Zur Erfüllung der kommunikativen Aufgaben sollte ein Förderprogramm zur erstmaligen Ausstattung der Gemeinden im ländlichen Raum mit der erforderlichen IT-Ausstattung aufgelegt werden.

2.3.2. Finanzausstattung

- **Ländliche Entwicklungspolitik erfordert die Beachtung der spezifischen Siedlungsstrukturen und die Einmaligkeit der natürlichen Bedingungen in den unterschiedlichen Regionen. Die Haushaltspolitik des Landes muss darauf gerichtet sein, Strukturpolitik zugunsten des ländlichen Raumes zu ermöglichen, um einer Entsiedlung entgegenzuwirken.**

Daraus resultiert ein besonderer Finanzbedarf, dem gerade in den ländlichen Räumen nicht immer nach den Grundsätzen höchster Wirtschaftlichkeit Rechnung getragen werden kann. Diesen finanziellen Spielraum brauchen die Kommunen, um ihrer Verantwortung bei der Wahrnehmung der öffentlichen und insbesondere sozialen Daseinsvorsorge gerecht werden zu können. Über die Haushaltspolitik des Landes ist dieser Finanzbedarf vorrangig zu sichern.

- **Die Finanzausstattung der Kommunen muss sich an den Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge messen. Das ist die Voraussetzung für die Entwicklung und Bewahrung einer starken lokalen Identität der Bürgerinnen und Bürger sowie für die Bewahrung des typisch ländlichen Charakters der Kommune sowie der Region.**

Neben der Schaffung qualifizierter Gemeindestrukturen ist die Kommunalisierung von vielfältigen Landesaufgaben und bisherigen Aufgaben der Landkreise bei Bereitstellung der da-

für erforderlichen finanziellen Mittel notwendig, um die kommunale Selbstverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dabei geht es in erster Linie um erstinstanzlich zu entscheidende Aufgaben, welche das Dienstleistungsangebot für die Menschen erweitern, sowie um ortsnahe Behörden, wie z.B. die Einrichtung von Bürgerbüros. Zur Ausprägung und Gestaltung der ländlichen Räume ist es auch unter Beachtung der Nachhaltigkeit zwingend erforderlich, die Verbindlichkeit gemeindeübergreifender Flächennutzungsplanungen zu erreichen. Aus planungsrechtlicher Sicht ist die derzeitige Fokussierung nur auf Grundzentren in dünnbesiedelten Bereichen für die Schaffung annähernd gleicher Lebensbedingungen nicht ausreichend. Gerade für die Altmark, den Fläming oder den Bereich Weißenfels/Hohenmölsen wäre die zeitlich befristete Einführung von Kleinstzentren (Erfahrungen des Freistaates Bayern) anzustreben.

- **Die geringe Siedlungs- und Unternehmensdichte im ländlichen Raum bedingen ein entsprechend geringes Steueraufkommen. Gleichzeitig entstehen entfernungsbedingt höhere spezifische Fixkosten jedweder Infrastruktur, der Daseinsvorsorge, bei sozialen Pflegediensten und bei allen freiwilligen Leistungen. Bei der Gestaltung des kommunalen Finanzausgleiches ist dies angemessen zu berücksichtigen.**

Die Schlüsselzuweisungen müssen nach Auffassung der PDS eine Gemeindepauschale für die gemeindlich zu erfüllenden Aufgaben der Daseinsvorsorge, den hauptamtlichen Bürgermeister, eine Gemeindegewerbesteuer und eine qualifizierte Servicefachkraft enthalten. Der verbleibende Teil der für die Gemeindeebene vorgesehenen Finanzausgleichsmasse ist teils über einen Flächen-, teils über einen Bevölkerungsfaktor aufzuteilen.

- **Den Gemeinden im ländlichen Raum sind spezifische Möglichkeiten zur Erzielung von Einnahmen aus und für die Umweltvorsorge einzuräumen.**

Den in Biosphärenreservaten, im Nationalpark oder in einem der Naturparks gelegenen Gemeinden wird im Rahmen des GKG die Möglichkeit der Erhebung einer Naturtaxe geschaffen.

- **Land und Kommunen müssen über Bodeneigentum in einem solchen Umfange verfügen, dass ein wirksamer demokratischer und nachhaltiger Einfluss auf die Gestaltung der Landpacht, den Grundstücksverkehr und die Wahrung der Belange des Landesumwelt- und Naturschutzes garantiert werden kann.**
- **Nachhaltige und effiziente Landbewirtschaftung und –nutzung sind über langfristige Bodenpacht für die Betroffenen wirtschaftlich vorteilhafter als finanziell belastender Bodenkauf und stehen nicht im Widerspruch zu einer unternehmerischen Entwicklung.**

Wirtschaftlich ausgewogene Pachtpreise befördern nachhaltige Produktionsverfahren.

Wir sind für den Erhalt und die Stärkung kommunalen Eigentums, insbesondere wenn es um kommunalpolitisch bedeutende stadtnahe Waldflächen und andere Flächen geht, die aus städteplanerischer Sicht sowie für das Vorhalten von Gewerbegebieten erforderlich sind.

2.3.3. Förderpolitik

- **Strukturschwache Regionen erfordern ein noch konsequenteres Zusammenführen von Fördermitteln und eine gut abgestimmte, ressortübergreifende Förderpolitik.**

Die neu zu gestaltende Politik für die ländlichen Räume erfordert die Konzentration der gemeinschaftlichen Fördermittel in einem einheitlichen ländlichen Entwicklungsfonds. Dabei ist die Vielzahl aller sektoralen, regionalen und strukturellen Förderinstrumente radikal zu vereinfachen und zusammenzufassen. Basis künftiger Förderpolitik im Land muss die Qualifizierung und Umsetzung der Entwicklungskonzeptionen der Regionen sein. Die Regionen sollten künftig maßgeblich selbst darüber entscheiden, wie ihre Konzeptionen ausgestaltet und umgesetzt werden. Die Kommunen in den ländlichen Räumen haben auf Grund ihrer spezifischen strukturellen und wirtschaftlichen Besonderheiten, ihrer räumlichen Distanzen und ihrer geringeren Bevölkerungsdichte geringere Einnahmen, gleichzeitig aber zur Gewährleistung einer vergleichbaren Daseinsvorsorge weitaus höhere Ausgaben zu tätigen. Dies muss in der Förderpolitik Berücksichtigung finden. Denkbar wäre ein Zusammenführen der Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der Agrarstruktur und Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sowie eine Kofinanzierung mit 25 Prozent Landesmitteln.

Kontakt:

**Landtag von Sachsen-Anhalt
Fraktion der PDS
Arbeitskreis „Wirtschaft und Landesentwicklung“
Domplatz 6 - 9, 39104 Magdeburg**

**Bernd Krause, wiss. Referent
fon. 0391 / 560 5011
fax. 0391 / 560 5008
e-mail. krauseh@pds.lt.lsa-net.de**